

Presseinformation

Frankfurt, 19. Januar 2021

Änderungen zum Verpackungsgesetz auf dem Weg **Chemiebranche und Kunststoffhersteller befürworten Stärkung der Kreislaufwirtschaft**

Die Bundesregierung plant, am 20. Januar einen Entwurf zur Änderung des Verpackungsgesetzes vorzulegen. Damit setzt sie die Einwegkunststoff- und die Abfallrahmenrichtlinie der EU in nationales Recht um und entwickelt so das Verpackungsgesetz hinsichtlich ökologischer Anforderungen weiter.

Der Verband der Kunststoffhersteller PlasticsEurope Deutschland (PED) und der Verband der Chemischen Industrie (VCI) unterstützen die im Entwurf enthaltenen Vorschläge zur Förderung von Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft. PED-Hauptgeschäftsführer Ingemar Bühler bewertet die Vorschläge entsprechend positiv: „Kunststoffverpackungen sind aus gutem Grund häufig das Mittel der Wahl. Um auch den Umgang mit Verpackungsabfällen weiter zu verbessern, müssen wir Kunststoffe in der Wertschöpfungskette halten.“ Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass auch das Recycling von Kunststoffverpackungsabfällen signifikant verbessert werden konnte. Bühler ergänzt: „Wichtig ist, in der gesamten EU eine einheitliche Vorgehensweise zu haben. Wir müssen gemeinsam das Ziel verfolgen, die Auswirkungen auf die Umwelt zu verringern und Kreislaufkonzepte zu fördern, die das Abfallaufkommen reduzieren.“

Als wichtigen Schritt zur Vermeidung von Abfällen will die Bundesregierung Mehrweglösungen im To-Go-Bereich. Anbieter von Speisen und Getränken sollen ab dem 1. Januar 2023 dazu verpflichtet werden, ihre Produkte auch in Mehrwegverpackungen anzubieten. Hierzu Bühler: „Für viele Anwendungen gibt es bereits funktionierende Mehrweglösungen, auch aus Kunststoffen. In diesen Fällen ist es zu unterstützen, dass den Verbrauchern Mehrwegoptionen zur Verfügung stehen.“ Weiterhin beinhaltet der Entwurf eine Ausweitung der Pfandpflicht auch auf nahezu alle Einwegkunststoffgetränkeflaschen (wie zum Beispiel Fruchtsäfte). „In diesen Bereichen können Pfandsysteme einen wichtigen Beitrag zum Recycling von Kunststoffgetränkeflaschen leisten – und so eine Kreislaufwirtschaft mit Kunststoffen fördern“, so Bühler.

Gemäß der EU-Vorgabe sieht auch der deutsche Gesetzesentwurf vor, dass bestimmte Einweg-Kunststoffgetränkeflaschen aus PET ab 2025 zu mindestens 25 Prozent aus Rezyklaten bestehen (ab 2030: 30 Prozent). Die Kunststoffbranche arbeitet an der stetigen Erhöhung des Einsatzes von Rezyklaten in neuen Produkten. Für die Ziele im Bereich der PET-Flaschen leistet sie zum Beispiel durch ein nachhaltiges Produktdesign wichtige Vorarbeit.

Auch die Förderung von Recyclingtechnologien ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Kreislauf-führung von Kunststoffen. Kunststoffherzeuger und Chemie arbeiten zum Beispiel gemeinsam an der Weiterentwicklung des chemischen Recyclings, um – ergänzend zu mechanischen Ver-fahren – die Kreislaufwirtschaft voranzubringen. Deshalb fordert Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des VCI: „Die Branche setzt zur Schonung von Ressourcen und für den Klimaschutz auf Innovation und technologieoffenes Recycling. Dies erfordert Unterstützung durch Förderung und Anerkennung. In Zeiten der Corona-Pandemie fallen Unternehmen Inves-titionen in diesen Bereichen doppelt schwer.“

Kontakt

PlasticsEurope Deutschland e. V.
Henning Schmidt
+49 (0) 69 2556-1306
henning.schmidt@plasticseurope.org

Verband der Chemischen Industrie e. V.
Felix Lesche
+49 (0) 69 2556-1491
lesche@vci.de

PlasticsEurope Deutschland e. V., der Verband der Kunststoffherzeuger in Deutschland, ist Teil der paneuropäischen Organisation PlasticsEurope. Frankfurt am Main ist Sitz der Region Central Europe. Sie ist eine der fünf Regionen von PlasticsEurope, und zu ihr gehören Deutschland, Österreich, Polen, die Schweiz, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

PlasticsEurope ist einer der führenden europäischen Wirtschaftsverbände. Der Verband unterhält Zentren in Brüssel, Frankfurt, London, Madrid, Mailand und Paris und kooperiert eng mit anderen europäischen und nationalen Kunststoffverbänden. Die über 100 Mitgliedsunternehmen produzieren mehr als 90 Prozent der Kunststoffe in den 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie Großbritannien, Norwegen, der Schweiz und der Türkei.

Der Verband der Chemischen Industrie e. V. vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von über 1.700 deutschen Chemie- und Pharmaunternehmen sowie deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. 2020 setzte die Branche über 186 Milliarden Euro um und beschäftigte rund 464.000 Mitarbeiter.

Kontakt: VCI-Pressestelle, Telefon: 069 2556-1496, E-Mail: presse@vci.de, <http://twitter.com/chemieverband>